



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Dienstag, 26. März 2007



1. VERGABEWESEN

Das Parlament unterstützt Deutschland bei seiner Klage gegen die Verschärfung des Vergaberechts. Die Kommission hatte per Mitteilung vom 23. Juli 2006 auch kleine Aufträge den verwaltungsaufwendigen Vergabevorschriften unterworfen. Danach soll unter anderem im Internet bis hin zum Amtsblatt der EU über die Ausschreibung informiert werden und die unterlegenen Bieter ein Anfechtungsrecht erhalten. Nun ist das Parlament dieser Klage der Bundesregierung gegen die Kommission beigetreten. Die Klage wird damit begründet, dass die Kommissionsmitteilung über die reine Auslegung der Rechtsprechung hinausgeht und vorbei am Ministerrat und dem Europäischen Parlament neues Recht schafft. Dazu die Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministers vom 14. September 2006 unter

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/tagesnachrichten.did=157806.html#157396>

2. BREITBANDKLUFT : ERMIN 14./15. MAI 2007

Im Mai findet in Brüssel eine Konferenz zum Thema „Breitbandzugang für alle“ statt. Mit dieser Veranstaltung, die schon vor einem Jahr in Aussicht gestellt worden war, soll auf die Breitbandkluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten reagiert werden. 2005 hatten in der EU-15 etwa 60% aller Unternehmen und Haushalte in den ländlichen Gebieten, aber mehr als 90% in den städtischen Gebieten, die Wahl, sich für Breitband zu entscheiden. Während Anfang 2007 im Binnenmarktausschuss Handlungsbedarf zur Förderung von Breitbandinitiativen im ländlichen Raum gesehen wurde, hat der federführende Industrieausschuss die Auffassung vertreten, dass der Markt sehr gut funktioniere und keine Politik der Marktverzerrung durch öffentliche Finanzierungen betrieben werden dürfe. Informationen zur Konferenz sind im Internet in englischer Sprache verfügbar unter

http://ec.europa.eu/information_society/events/broadband_gap_2007/index_en.htm

3. FFH- RICHTLINIE

Die Kommission bereitet die Weiterentwicklung der FFH-Richtlinie vor. In einer Mitteilung an Rat und Parlament über den Stand der Umsetzung der EU-Biodiversitäts-Aktionspläne hat sie festgestellt, dass zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, um das europäische 2010-Ziel zu erreichen und den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 zu stoppen. Grundlage wird die wissenschaftliche Auswertung der nationalen Berichte sein, die von den Mitgliedsstaaten bis Mitte 2007 über die Umsetzung der FFH-Richtlinie vorzulegen sind. Auf dieser Basis wird dann ein Vorschlag für die Weiterentwicklung der Richtlinie vorgelegt. Das wird voraussichtlich bis 2010 erfolgen.

Die Fortentwicklung soll den für die Umsetzung verantwortlichen Ebenen im Sinne der Subsidiarität größere Flexibilität geben und damit die Anwendung praktikabler machen. Einzelheiten unter

<http://marie-luise-doett.de/daten/umwelt/ffrichtlinie.pdf>

4. EU UMWELTSTRAFRECHT

Der Umweltkriminalität soll durch ein einheitliches Strafrecht EU-weit begegnet werden. Das ist das Ziel einer am 9. Februar 2007 vorgelegten Richtlinie. In einem Begleitdokument zum Richtlinienvorschlag wird darauf hingewiesen, dass die Ursachen für die Umweltkriminalität in den erzielbaren Gewinnen liegen, dem geringen Entdeckungsrisiko, dem zunehmenden internationalem Handel und den unzureichenden Sanktionen in einigen Mitgliedsstaaten. So werden selbst schwere Gesetzesverstöße in einigen Mitgliedstaaten nicht strafrechtlich, sondern lediglich verwaltungsrechtlich geahndet; einige Strafen sind so geringfügig, dass sie nicht abschreckend wirken. Einheitliche Vorgaben soll es insbesondere für folgende Delikte geben: illegale Emission gefährlicher Stoffe in die Luft, das Wasser oder den Boden; illegale Beförderung von Abfällen; der rechtswidrige Handel mit gefährdeten Arten. Die Zuständigkeit der EU ergibt sich aus einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 15. September 2005, danach ist die EU für ein einheitliches Umweltstrafrecht zuständig, wenn die wirksame Durchführung ihrer Umweltpolitik dies erfordere. Mehr Informationen unter:

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/2/2007/DE/2-2007-161-DE-1-0.Pdf>

5. STAT@LAS EUROPA

Es gibt einen europaweiten Statistik-Atlas im Internet. Der vom schweizerischen Bundesamt für Statistik veröffentlichte interaktiven Online-Atlas kann kostenfrei genutzt werden. Der Stat@las Europa enthält 119 Karten zu den Themenbereichen Bevölkerung und Gesellschaft, Lebensbedingungen und Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Umwelt sowie Landnutzung und Tourismus und beruht auf Daten aus den Jahren 2002 und 2003. Die zoombaren Karten in der Flash-Anwendung integrieren auch regionalstatistische Ergebnisse bis auf die Stufe NUTS 2 (Mittlere Regionen/Landschaften) des europäischen Statistiksystems. Der Stat@las ist abrufbar unter

http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/international/statatlas_europa.html

6. EURODESK

Eurodesk ist ein europäisches Informationsnetzwerk für Jugendliche. Das 2004 gestartete Portal mit mehr als 10.000 Websites in den EU Sprachen ist speziell auf die Bedürfnisse junger Leute ausgerichtet. Den Jugendlichen soll der Zugang zu Europa erleichtert werden. Informationen zu den Themen Jugend, Bildung, Ausbildung, Wettbewerbe für Jugendliche, Mobilität etc, sollen helfen, die Chancen und Möglichkeiten grenzübergreifender Aktivitäten zu nutzen. Die nützliche und interaktive dynamische Plattform ist zu erreichen unter

<http://www.eurodesk.de>

7. ETWINNING

Mehr als 23.000 Schulen arbeiten in Europa zusammen. Damit hat sich die Zahl der bei eTwinning angemeldeten Schulen innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt

(von 4% auf über 8%). Die eTwinning - Initiative unterstützt die Gründung internationaler „virtueller“ Schulpartnerschaften über das Internet und ist für Schulen in ganz Europa frei zugänglich. eTwinning finanziert keine Einzelprojekte, sondern bietet mit dem eTwinning-Portal den freien Zugang zur elektronischen Infrastruktur, das die Gründung von Partnerschaften zwischen Schulen in ganz Europa erleichtert. Das Portal ist zu erreichen unter

<http://www.etwinning.net/ww/de/pub/etwinning/index2006.htm>

Die Schulen können ganz allein darüber entscheiden, welche Art der Zusammenarbeit sie wünschen: von kurzfristigen bis hin zur langfristigen Kooperation, z.B. in Bezug auf gemeinsame Lehrpläne. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/222&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. MOBILTELEFONE

Kinder sollen vor den Risiken durch Mobiltelefone geschützt werden. Dazu haben 15 führende europäische Mobilfunkbetreiber vereinbart, bis Februar 2008 Verhaltensregeln zur Selbstkontrolle auszuarbeiten. Dazu haben sich die Betreiber bereit erklärt, illegale Inhalte auf Handys zu bekämpfen, den Zugriff auf Inhalte zu kontrollieren, die für Erwachsene bestimmt sind und Sensibilisierungskampagnen für Eltern und Kinder zu unterstützen. Zudem wollen die Mobilfunkbetreiber die Klassifizierung kommerzieller Inhalte nach nationalen Regeln der Sittlichkeit und Angemessenheit unterstützen. Diese Vereinbarung berücksichtigt die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation der Kommission über die Sicherheit von Kindern bei der Nutzung von Mobiltelefonen. Die EU-Kommission wird nach 12 Monaten die Wirksamkeit der Vereinbarung prüfen und bewerten. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/139&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitergehende Informationen unter:

<http://www.euractiv.com/de/informationengesellschaft/kommission-will-kinder-risiken-mobiltelefone-schutzen/article-161438>

9. WEIßBUCH SPORT: TERMIN 3. APRIL 2007

Die Kommission plant für die zweite Jahreshälfte 2007 die Herausgabe eines Weißbuchs zum Sport. Grundlage ist unter anderem ein Bericht über den Sportunterricht in der EU, der auf eine Initiative der Kommission und der finnischen Präsidentschaft zurückgeht. Die wichtigsten Empfehlungen des Berichts sind Verpflichtender Sportunterricht in Schulen, die Modernisierung der schulischen Sportpläne und vor allem die Empfehlung, dass alle europäischen Schulen mindestens zwei Stunden Sportunterricht pro Woche erteilen sollten. Das Weißbuch wird auf die Zeitdauer, die dem Sportunterricht in den Lehrplänen zugemessen wird, die Qualität der Ausbildung und Möglichkeiten des Austausches der besten Erfahrungen auf EU-Ebene eingehen. Die EU verfügt im Bereich Sport über keine Kompetenzen. Allerdings sieht die nicht verabschiedete Verfassung in Art. III-182 vor, dass die EU zu Verbesserung der Qualität des Sportunterrichts durch unterstützende und ergänzende Maßnahmen beitragen solle. Weitere Einzelheiten unter

<http://www.euractiv.com/de/sport/parlament-erwaegt-verpflichtenden-sportunterricht-schulen/article-162105>

Die Öffentlichkeit kann im Rahmen einer Online-Befragung bis zum 03. April Beiträge in das Weißbuchverfahren einbringen. Fragebogen etc. unter

10. SAMMELKLAGEN

Die Kommission erwägt die Einführung von Sammelklagen. Das wurde in Brüssel bei der Vorlage der Mitteilung zur "EU-Verbraucherpolitik-Strategie 2007 bis 2013" bekannt. Die Verbraucher sollen in die Lage versetzt werden, Sammelklagen in den Fällen einzureichen, in denen die Verfahrenskosten im Einzelnen unverhältnismäßig hoch wären. Damit würde es möglich, dass Verbraucher (-Organisationen) gemeinsam Ansprüche gegen Anbieter mangelhafter Produkte oder Dienstleistungen einbringen. Der Nachteil des US-System, bei dem die Rechtsanwälte die Hauptprofiteure von Sammelklagen sind, soll dadurch vermieden werden, dass Klagen zugunsten einer „kollektiven Entschädigung“ erfolgen sollen. Die Mitteilung vom 21. Februar 2007, mit dem Hinweis auf die Sammelklage (Seite 11), unter

http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/docs/com_2007_0060_de.pdf

11. KRANK IM AUSLAND

Eine neue Website informiert, welche Kosten im Ausland übernommen werden. Arztbesuche im EU-Ausland sind kompliziert, weil in jedem Land andere Regeln für die Kostenerstattung gelten. Nun werden von der Kommission Informationen angeboten, die etwas Licht ins Dickicht der Vorschriften bringen. Es wird sowohl auf unvorhergesehene Erkrankungen als auch auf geplante medizinische Behandlungen im EU-Ausland eingegangen. Die Website ist zu erreichen unter

http://ec.europa.eu/employment_social/social_security_schemes/healthcare/index_de.htm

12. EINWANDERUNG

Die englische (47%) und die deutsche (45%) Bevölkerungen haben zu einem großen Teil ein negatives Bild von Zuwanderung. Das berichtet die Financial Times am 19. Februar 2007 auf der Grundlage einer von ihr veranlassten Umfrage. Für die Umfrage wurden 6561 Menschen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und den USA befragt. Großbritannien war eines der nur drei Länder, die Zuwanderern aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten im Jahre 2004 uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt haben. Mittlerweile finden 66% der Briten (Deutschland 29%), dass "zu viele Ausländer" im Land leben. In keinem anderen befragten Land ist der Anteil so hoch. Der Beitrag der Financial Times unter

<http://www.ftd.de/politik/europa/163318.html>

13. SPRACHDISKRIMINIERUNG

Deutschland wird durch Sprachbarrieren von der EU-Administration benachteiligt. Das hat die Hessische Landesregierung kritisiert. Das jüngste Beispiel ist die Weigerung der Kommission, den sogenannten „Practical Guide“ zu Bewerbungsverfahren für EU-Ausschreibungen in deutscher Sprachfassung vorzulegen. Dadurch wird die deutsche Wirtschaft massiv benachteiligt, wenn es z.B. um die mit Milliardenbeträgen aus EU-Geldern finanzierten Programme in der Entwicklungshilfe geht. Das Handbuch „Practical Guide“ erläutert unter anderem, wie man sich an EU-Ausschreibungen beteiligen kann und welche Dokumente vorzulegen sind. Das Handbuch liegt aber nur in Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch vor, nicht dagegen in Deutsch. Dabei ist Deutsch EU-weit die meistgesprochene Muttersprache und kommt auch als Fremdsprache an zweiter Stelle nach dem Englischen.

**Bitte beachten:
Neue Büroadresse in Magdeburg!**

CDU- EUROPA-BÜRO
DR. HORST SCHNELLHARDT (MDEP)
FÜRSTENWALLSTRASSE 17
39104 MAGDEBURG